

GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e. V. – Gesamtschulverband
24. (32.) Jahrgang · 30. September 2001 · H 2395 ISSN 1431-8075

Ingrid Wenzler: „Hohe Selektivität der Schule schadet allen!“

Ergebnisse der TIMSS/III-Untersuchung zu Mathematik- und Physikleistungen in voruniversitären Bildungsgängen

(elh) Nach der Präsentation der Befunde Fends zur „Leistungsgerechtigkeit“ des dreigliedrigen Schulsystems (Gesamtschul-Kontakte 3 / 2000) und von Ergebnissen der ersten beiden Zyklen der Hamburger LAU-Untersuchungen (Heft 4 / 2000) hinsichtlich der Wir-

kungsweise des gegliederten Schulsystems sowie der Analyse eines Vorauspapiers zur PISA-Untersuchung. (Heft 1 / 2001) folgt in dieser Ausgabe der vierte und letzte Teil der GGG-Serie zur Schulleistungsforschung. Die Bundesvorsitzende der GGG, Ingrid

Wenzler, stellt die TIMSS/III-Untersuchung zu Mathematik- und Physikleistungen in voruniversitären Bildungsgängen vor.

Wie immer in dieser Serie steht die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen die hierarchische Gliederung des Schulsystems auf Chancengleichheit sowie auf die Entwicklung der Qualität der Ergebnisse in der Schule hat. Wenzlers Fazit: „Die Studie liefert wichtige Informationen für alle, die für mehr Chancengleichheit und bessere Qualität der Lernergebnisse eintreten. Die vorliegenden Daten weisen auf die enge sachliche Verknüpfung von hoher Bildungsbeteiligung, einer wichtigen Voraussetzung von Chancengleichheit, und fachlicher Leistungsqualität hin. Diesen Zielen näher zu kommen, ist Inhalt der politischen Aktivitäten der GGG.“

Seite 3-5



Klausurtagung des neuen GGG-Bundesvorstandes in Ostfriesland

Klausurtagung in Ostfriesland: Der neue GGG-Bundesvorstand konstituiert sich

Vom 23. - 26. August traf sich der neugewählte BV zu einer Klausurtagung in Stedesdorf. Neben der Arbeitsplanung für die Jahre 2002 und 2003 konnte auch die Geschäftsstelle in Aurich „inspiert“ werden

Seite 10

Die Beitragsstrukturreform greift: Neue Mitgliedsbeitragsätze ab dem 1. Januar 2002

Am 26.05.2001 beschloss die GGG-Mitgliederversammlung in Lübeck einstimmig neue Mitgliedsbeitragsätze. Die Einzelheiten hierzu erläutert der Bundesgeschäftsführer der GGG, Dr. Michael Hüttenberger.

Seite 10

Beschlossene und nicht beschlossene Satzungsänderungen – die Diskussion geht weiter

Auf der Mitgliederversammlung in Lübeck wurde die von HA und BV eingebrachte Satzungsänderung nur zu ihrem geringeren Teil angenommen. Einige strukturelle Probleme bleiben damit ungelöst

Seite 11

Im Wortlaut: Stellungnahme der GGG-Mitgliederversammlung zur Schulleistungsforschung

„... Da alle neueren Leistungsforschungen vorhandene Erkenntnisse bestätigt haben, ist an Stelle weiterer Forschung die Konzentration der Ressourcen auf die Verbesserung der schulischen Praxis möglich und plausibel.“

Seite 5

Inhalt

Serie zur Schulleistungsforschung Wenzler: „Hohe Selektivität der Schule schadet allen!“	3
Schulleistungsforschung Stellungnahme der GGG-Mitgliederversammlung 2001 in Lübeck	5
Die GGG-Landesverbände Adressenverzeichnis	7
GGG-Bundesvorstand Der neue Bundesvorstand stellt sich vor	8
GGG-intern Klausurtagung des BV in Ostfriesland	10
Die Beitragsstrukturreform greift	10
Die Satzung – die Diskussion geht weiter	11
Ausschreibung des Gesamtschulkongresses 2001	12
Die neue Hausdruckerei	12
Aus den Ländern Nordrhein-Westfalen	13
Berlin	14
Neue Gesamtschulen hat das Land	14
Saarland	15
Schleswig-Holstein	15
Rezension	16

Impressum

Heft 3/2001 vom 30. September 2001
ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

– Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft
Gesamtschule e.V. - Gesamtschulverband
24. (32.) Jahrgang

Herausgeber:
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. -
Gesamtschulverband (GGG)
Redaktion (Presserechtlich verantwortlich):
Dr. Michael Hüttenberger
Spitzwegpfad 16, 64291 Darmstadt
E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Offizielle Stellungnahmen der GGG sind als solch gekennzeichnet. Fotos: elh (außer Seite 12)

Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Postfach 13 07,
26583 Aurich, Telefon: 04941/18777
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

... vorab bemerkt

Liebe Gesamtschulfreunde und
-freundinnen,

zunächst herzlichen Dank für die Vielzahl von positiven Rückmeldungen zur letzten Ausgabe der Gesamtschulkontakte. Offenbar ist es uns gelungen, trotz kürzester Herstellungszeit eine überzeugende Dokumentation des 27. Gesamtschulkongresses vorzulegen. Die Nachfrage nach dieser Ausgabe ist immens. Vorsorglich hatten wir für diese Aufgabe die Auflage erhöht, so dass noch genügend Exemplare in der Geschäftsstelle zur Verfügung stehen.

Die vorliegende Ausgabe der Gesamtschulkontakte arbeitet nun etwas intensiver die GGG-internen Belange auf. Beitragsstrukturreform und Satzungsänderungen, wie in der Mitgliederversammlung beschlossen, werden in ihren Auswirkungen dargestellt, der neue Bundesvorstand stellt sich mit ersten Arbeitsergebnissen vor.

Neben dem vierten Beitrag zur Schulleistungsforschung haben wir auch den Beschluss der Mitgliederversammlung zu diesem Thema im Wortlaut veröffentlicht. Damit geht diese kleine Serie in den Gesamtschulkontakten zu Ende, die öffentliche Diskussion darüber wird demnächst erst richtig losgehen, Pisa steht vor der Tür.

Nachdem wir zu Beginn des Jahres die Gesamtschulkontakte im neuen „Design“ präsentiert haben, erfolgt mit der nächsten Ausgabe die Umstellung auf das neue inhaltliche Themen- und Strukturkonzept. In jeder Ausgabe wird ein wechselndes „Schwerpunktthema“ und ein längerfristiges „Serienthema“ bearbeitet. Die erste Serie stellt den Fachunterricht in den Mittelpunkt und beginnt mit Beiträgen zum Fach Englisch sowie einem Basisartikel zum Stellenwert des Fachunterrichts in der Gesamtschule. Außerdem wollen wir beispielhafte Modelprojekte an Gesamtschulen vor. Mit Christa Lohmann, Christoph Heuser, Jürgen Riekman, Dieter Weiland und Klaus Winkel hat sich eine kompetentes Redaktionsteam gebildet, das das gemeinsam gesteckte Ziel, die Gesamtschulkontakte über die reine Ver-

bandzeitschrift hinaus zu einer Fachzeitschrift mit eigenständigen Profil zu entwickeln, schnell umsetzen wird. Die nach wie vor wichtigen verbandsinternen Mitteilungen, insbesondere die Nachrichten aus den Bundesländern, werden von Ingo Kunz und Andre Bigalke redaktionell betreut.

Als Bundesgeschäftsführer kann ich mich dann auf endredaktionelle Arbeiten, Layout und Herstellung beschränken, die weiterhin in bewährter Weise mit unserer Hausdruckerei erfolgen wird. Wer sich hinter dem Namen „Druckwerkstatt Kollektiv GmbH“ versteckt, darüber berichten wir in dieser Ausgabe.

Die vorliegende Ausgabe 3/2001 ist wie gewohnt am letzten Tag im Quartal erschienen. Mit der Ausgabe 4/2001 erfolgt auch hier die Umstellung – die Gesamtschulkontakte erscheinen dann jeweils zum 1. des letzten Monats im Quartal, die Ausgabe 4/2001 also am 1. Dezember. Damit „treffen“ wir bundesweit besser die Schulzeiten und vermeiden die Auslieferung in den Ferien.

Ein letzter Hinweis: alle Artikel der Gesamtschulkontakte sind im Internet zu finden unter www.ggg-bund.de und www.gesamtschulverband.de und können bei Bedarf „downgeloadet“ werden. Wir freuen uns natürlich auch über die Leserinnen und Leser, die gerne ein richtiges Zeitungsheft in die Hand nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich allen ein originales Lesevergnügen.

Für den Bundesvorstand der GGG



Michael Hüttenberger

Die Gesamtschul-Kontakte sind eine nicht-kommerzielle Zeitschrift und erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich DM 25,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von DM 7,- ist für GGG Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die Zeitschrift kann nur bei der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. - Gesamtschulverband (GGG) bestellt werden.

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH,
Feuerbachstraße 1
64291 Darmstadt
Layout: Waso Koulis, Dr. Michael Hüttenberger

Die nächste Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte erscheint am: 1.12.2001;
Redaktionsschluss: 10.11.2001

Serie zur Schulleistungsforschung Teil IV

Wenzler: „Hohe Selektivität der Schule schadet allen!“

Ergebnisse der TIMSS/III-Untersuchung zu Mathematik- und Physikleistungen in voruniversitären Bildungsgängen

(iw) Im 4. und letzten Teil der Vorstellung von Ergebnissen der Schulleistungsforschung wird die TIMSS/III-Untersuchung zu Mathematik- und Physikleistungen in voruniversitären Bildungsgängen vorgestellt. An ihr haben in Mathematik 17 und in Physik 18 Länder teilgenommen. Auch in diesem Bericht soll der Frage nachgegangen werden, ob die Studie Erkenntnisse darüber liefert, wie sich die Organisation des Schulsystems auf die Verbesserung von Chancengleichheit und die Qualität der Ergebnisse der Schule auswirkt. Da es sich beim vorgestellten Teil der TIMSS / III- Studie um die Untersuchung der voruniversitären Bildung handelt, steht die Offenheit bzw. Verschlussenheit dieses Bildungsgangs für Jugendliche im Mittelpunkt des Interesses. Wieviel Prozent eines Jahrgangs befinden sich im letzten Jahr der voruniversitären Schule? Welche Zusammenhänge dieser Quote mit der fachlichen Leistungshöhe konnten festgestellt werden?

Das von Jürgen Baumert, Wilfried Bos und Rainer Lehmann herausgegebene Buch: **TIMSS / III. Dritte internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Op-laden: Leske + Budrich 2000** berichtet über die TIMSS-Oberstufenuntersuchung, die 1995 / 1996 durchgeführt worden ist. Die Testzeit betrug 3 Schulstunden; davon standen 90 Minuten für die Fachleistungsaufgaben zur Verfügung. Gegenstand der fachbezogenen Untersuchungen war der Stand der mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung am Ende der schulischen oder beruflichen Erstausbildung sowie der Stand der mathematischen und physikalischen Kenntnisse im letzten Schulbesuchsjahr in voruniversitären Bildungsgängen. Dieser Artikel geht nicht auf die mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung am Ende der Schulzeit ein. Wiedergegeben sei nur die Ergebniszusammenfassung: Am Ende der schulischen oder beruflichen Erstausbildung erreichen die deutschen Schüler und Schülerinnen ein mittleres Niveau. Vor allem in wichtigen europäischen Nachbarstaaten sind die Ergebnisse besser. „Das Durchschnittsalter des Absolventenjahrgangs ist in Deutschland mit 19,5 Jahren relativ hoch. In den meisten TIMSS-Teilneh-

merstaaten erreichen die Schul- und Ausbildungsabsolventen ein vergleichbares oder höheres mathematisch-naturwissenschaftliches Grundbildungsniveau in jüngerem Alter.“ (Band 1, S. 154)

Voruniversitäre Bildung im Blick

Die Beschränkung der Darstellung auf den voruniversitären Bildungsgang geht von folgender Überlegung aus: Es ist ein Beitrag zur Chancengleichheit, wenn möglichst viele Jugendliche zu möglichst hohen schulischen Abschlüssen geführt werden. Denn dies ist von entscheidender Bedeutung für die beruflichen Chancen und die allgemeine Qualität der Lebensgestaltung der jungen Menschen.

Die getesteten Schüler und Schülerinnen kamen zu 96,4 % aus Gymnasien, zu 2,4 % aus Gesamtschulen und zu 1,6 % von Fachgymnasien. In den Schulen der Stichprobe wurde jeweils der gesamte Abiturjahrgang getestet wurde. Allerdings fehlten am Untersuchungstag etwa 10 - 15 % der Probanden. Die Untersucher vermuten, dass die Leistungen deshalb wahrscheinlich etwas zu gut bewertet wurden. Denn es wird davon ausgegangen, dass überwiegend Schüler und Schülerinnen mit schwächeren Leistungen gefehlt haben dürften. (Band 1 S. 72)

Die hier referierten Ergebnisse finden sich in Band 2, Kap. III: Fachleistungen im voruniversitären Mathematik- und Physikunterricht im internationalen Vergleich. (S. 129 - 180) Da die einbezogenen SchülerInnengruppen sowie die Teilnahmebereitschaft international sehr uneinheitlich waren, ist es nicht möglich, die Ergebnisse ohne Weiteres zu vergleichen. So ist z.B. der Anteil der jeweiligen Schüler und Schülerinnen im gymnasialen Abschlussjahr in den 17 bzw. 18 Ländern extrem verschieden. Mit insgesamt 25 % an Gymnasien, Gesamtschulen und Fachgymnasien belegt Deutschland den drittletzten Platz unter den 17 Ländern vor der Schweiz mit 19 % und Ungarn mit 18 %. An der Spitze liegen Slowenien mit 80 %, Frankreich mit 75 % und Neuseeland mit 70 % der Schüler und Schülerinnen im Abschlussjahr ihrer voruniversitären Bildungsgänge (Schweden mit 47 %). Innerhalb dieser Bildungsgänge ist die Belegung (spflicht) von Mathematik und Physik

ebenfalls extrem verschieden, ebenso die Größe der getesteten Gruppen. Mit 25 % der in Mathematik getesteten Schüler und Schülerinnen liegt Deutschland auf dem 3. Platz hinter Slowenien (75 %), Österreich (33 %), während z.B. Frankreich 20 % einbezogen, Schweden 16 % und die Schweiz 14 %. Für Physik sind die Zahlen wie folgt: Mit 9 % Teilnahme am Physikunterricht befindet sich Deutschland in der unteren Gruppe, die 6 Länder umfasst. Die meisten Physikschüler und -schülerinnen einbezogen haben Slowenien (39 %) und Österreich (33 %). Frankreich mit 20 %, Schweden mit 16 % und die Schweiz mit 14 % liegen dazwischen. (Alle Zahlen S. 130)

Es liegt auf der Hand, dass diese Unterschiede bei der Auswertung berücksichtigt werden müssen.

„Um faire internationale Vergleiche durchzuführen, müssen die Länderergebnisse in der einen oder anderen Weise einheitlich normiert werden, sodass vergleichbare Ausschnitte der Leistungsverteilung zueinander in Beziehung gesetzt werden.“ (S. 138)

Der gewählte Weg war es, die jeweils testleistungsstärksten 5, 10 oder 20 % miteinander zu vergleichen. Es ist tatsächlich plausibel anzunehmen, dass sich dahinter „äquivalente Jahrganganteile“ (S. 139) verbergen, deren Ergebnisse somit verglichen werden können.

Ergebnisse in Mathematik und Physik im Vergleich

Schüler und Schülerinnen der deutschen Untersuchungsgruppe liegen in Mathematik im unteren Mittelbereich.

„Bei einem Vergleich normierter Jahrgangsteile zwischen Deutschland und Schweden wird deutlich, dass Schüler des schwedischen Gesamtschulsystems im Fach Mathematik – bemerkenswerterweise bei eher geringerem Wochenstundenaufkommen – höhere Leistungsstandards erreichen. Dabei nehmen die Unterschiede in der Leistungsspitze zu.“ (S. 145)

Erstaunen ruft das Abschneiden Sloweniens hervor. Alleine die Vorstellung, gymnasialen Mathematikstoff 75 % der Schüler und Schülerinnen zutrauen, gelte in Deutschland als unrealistisch. Und die Gruppen der 5 bzw. 10 % Besten liegen noch eine Standardabweichung, d. h. erheblich über den deutschen Vergleichsgruppen.

Aus diesen slowenischen Ergebnissen werden die folgenden Schlüsse gezogen:

- Es ist offensichtlich möglich, anspruchsvolle mathematische Inhalte auch einer breiten Schülerschaft zu vermitteln und
- eine Öffnung der Wege zur Hochschulreife muss keineswegs zur Leistungs-nivellierung oder Senkung des Niveaus führen. Sondern ganz im Gegenteil: Bei

Öffnung des Systems und gleichzeitig steigender Leistungsstreuung (die man vermutlich auch wollen muss) können sich die Möglichkeiten, Spitzenleistungen zu entdecken und zu fördern, verbessern.“ (S. 147)

Die Aussagen treffen auch im Vergleich zu Frankreich zu, selbst wenn man die dort höhere Unterrichtszeit in Mathematik in Rechnung stellt.

Die Testergebnisse in Physik sind vielleicht noch ausgeprägter. In Slowenien (ohne ein Sonderfall in Quantität und Qualität), Norwegen und Schweden sind die Befunde so eindeutig, dass die Forscher zu folgender Schlussfolgerung kommen:

„Schweden und Norwegen sind gute Beispiele dafür, dass man in einem Gesamtschulsystem mit differenzierter Oberstufe, in dem für inhaltliche Konsistenz von Programmen und Kontinuität des Lernens gesorgt wird, Spitzenleistungen erreichen kann, die weit über dem Niveau gymnasialer Leistungskurse liegen.“ (S. 167).

Stärken und Schwächen deutscher Schülerinnen

Interessant – oder eher bedrückend? – sind die Untersuchungen der Einzelergebnisse der deutschen Schüler und Schülerinnen. In Mathematik überschritt selbst die obere Leistungshälfte der Gymnasiasten nicht die Stufe der Anwendung einfacher mathematischer Begriffe und Regeln. Die Lösung dieser Aufgaben erforderte kein vertieftes Verständnis von Konzepten der Oberstufenmathematik. Nur ein „erstaunlich geringer Anteil von Gymnasiasten“ erreichte die Kompetenzstufe IV, bei der die selbstständige Lösung von Aufgaben auf Oberstufenniveau getestet wurde. (S. 149f)

Das selbe Bild zeigt sich im Fach Physik (S. 172). Die besondere Schwierigkeit deutscher Schüler und Schülerinnen liegt auch

hier auf der Kompetenzstufe IV, der selbstständigen Lösung von Problemen auf Oberstufenniveau und hierbei vor allem bei der Überwindung von Alltagsvorstellungen: „In keinem der fünf Vergleichsländer, insbesondere nicht in den USA, wirken sich Alltagsvorstellungen so stark negativ aus wie in Deutschland.“ (S.175). Das heißt, dass sich die deutschen Schüler und Schülerinnen besonders schwer taten, wenn die richtige Lösung der Aufgabe voraussetzte, sich von typischen, aber unzutreffenden Alltagsvorstellungen zu lösen. Sie waren gut bei „offenen Aufgabenformaten“ (S. 174) und im „formalquantitativen Umgang mit Physik.“ (S. 175).

Es ist kein schmeichelhaftes Bild der Lösungsfähigkeit von Testaufgaben von GymnasiastInnen, das hier vorgelegt wird. Die Forscher gehen davon aus, dass die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen der angehenden Abiturienten und Abiturientinnen durch diese Aufgaben ermittelt werden können. Wie zutreffend diese Aussage ist, soll hier nicht diskutiert werden. Vielmehr werden die erzielten und vorgelegten Ergebnisse unter den eingangs formulierten Gesichtspunkten befragt. Und sie liefern klare Befunde hinsichtlich des Chancengleichheitsziels sowie der Ergebnisqualität der Schulleistungen.

Schlussfolgerungen und Fragen

1. Bei den Physiktests zeigte sich, dass hier zu Lande die Überwindung falschen Alltagswissens besonders schlecht gelang. Auch die Überwindung desjenigen falschen Alltagswissens, dass eine Öffnung der voruniversitären Bildungsgänge für deutlich mehr Schüler und Schülerinnen zum Qualitätsverlust führe gelang bisher leider besonders schlecht. Das Gegenteil ist der Fall: Dort, wo große Anteile des Jahrgangs in voruniversitären Bildungs-

gängen lernen, sind häufig die Ergebnisse vor allem an der Spitze Spitze. Dennoch: wer behauptet, zur Qualitätsverbesserung müsse der Zugang zu höheren Bildungsgängen beschränkt werden, erntet immer noch Beifall statt Spott. Leider finden sich diese seit den 60er Jahren konstant widerlegten „Überzeugungen“ nicht nur in der Öffentlichkeit und bei interessierten Gruppen, sondern auch in vielen Schulen, wo sie ihre auslesende Wirkung entfalten.

2. Immer wieder wird auf das vergleichsweise hohe Durchschnittsalter deutscher Schüler und Schülerinnen hingewiesen, bei der Grundbildung ebenso wie in der voruniversitären Bildung. Eine der Ursachen: das Sitzenbleiben wird aber weiterhin als eine leistungssteigernde Maßnahme angesehen - nicht nur entgegen jeder Erfahrung und Plausibilität, sondern auch entgegen den Befunden internationaler empirischer Vergleichsuntersuchungen.
3. Die gegenwärtige Fachdidaktik, deren Schwerpunkt auf dem Nachvollzug von Kenntnissen und Verfahren liegt, deren Kanon und Methoden undiskutierbar scheinen, fördert das anspruchsvolle fachliche Lernen ebenso wenig wie den Lernerfolg breiter Jahrgangsteile. So wirkt sich das vorherrschende fachliche Verständnis von Inhalt und Vermittlungsformen beim Lernen exklusiv aus, nur für wenige erreichbar. Wer auf diese Weise nicht begreift, muss gehen. Das betrifft häufig die Kinder aus bildungsferneren Familien. Fachlich hervorragende Leistungen kommen so ebenfalls nicht zustande. Wir wissen, dass und wie es anders besser geht. (Siehe dazu u.a. den Kongressbeitrag von Prof. Keitel-Kreidt auf dem Lübecker Gesamtschulkongress – www.ggg-bund.de.) Aber – um die Forscher zu zitieren: Das muss man vermutlich auch wollen.
4. Die Rede von der Qualitätssicherung bleibt hohl, so lange die Methode dazu Wettbewerb heißt. Wettbewerb sondert aus. Wettbewerb schafft Gewinner, aber vor allem viele Verlierer. Wer zum Ziel hat, hohe Qualität bei Vielen zu erreichen, wird vor allem Wege suchen, keine Verlierer zu schaffen, sondern viele erfolgreiche Lerner und Lernerinnen.
5. Aber wen interessiert das alles? Auffällig ist doch das fast perfekt gelungene öffentliche Schweigen über TIMSS / III und ihre Ergebnisse. Hier liegt umfassendes Material vor, das eine intensive öffentliche Diskussion rechtfertigen würde. Was be

Schulleistungsvergleiche: Einige Daten zu Schweden

„Bei einem Vergleich normierter Jahrgangsteile zwischen Deutschland und Schweden wird deutlich, dass Schüler des schwedischen Gesamtschulsystems im Fach Mathematik - bemerkenswerterweise bei eher geringerem Wochenstundenaufkommen - höhere Leistungsstandards erreichen. Dabei nehmen die Unterschiede in der Leistungsspitze zu.“ (S. 145)

„Schweden und Norwegen sind gute Beispiele dafür, dass man in einem Gesamtschulsystem mit differenzierter Oberstufe, in dem für inhaltliche Konsistenz von Programmen und Kontinuität des Lernens gesorgt wird, Spitzenleistungen erreichen kann, die weit über dem Niveau gymnasialer Leistungskurse liegen.“ (S. 167).

Quelle: Jürgen Baumert, Wilfried Bos und Rainer Lehmann: TIMSS / III. Dritte internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Mathematische und naturwissenschaftliche Bildung am Ende der Schullaufbahn. Opladen: Leske + Budrich 2000

deutet das Schweigen? Geht es in Wirklichkeit nicht um das Verbessern von Qualität und Spitzenleistung? Ist der Ausschluss Vieler von höheren Bildungsabschlüssen das höherwertige, das eigentliche Ziel in unserer Gesellschaft?

6. Nicht für die GGG: Die Studie liefert wichtige Informationen für alle, die für mehr Chancengleichheit und bessere Qualität der Lernergebnisse eintreten. Die vorliegenden Daten weisen auf die enge sachliche Verknüpfung von hoher

Bildungsbeteiligung, einer wichtigen Voraussetzung von Chancengleichheit, und fachlicher Leistungsqualität hin. Diesen Zielen näher zu kommen, ist Inhalt der politischen Aktivitäten der GGG.

Schulleistungsforschung

Im Wortlaut:

Stellungnahme der Mitgliederversammlung der GGG 2001 in Lübeck zur Schulleistungsforschung

Einleitung

Schulpolitisch befindet sich die Bundesrepublik Deutschland im Mai 2001 in einer widersprüchlichen Situation. In nie zuvor gekannter Intensität finden Untersuchungen von Schulleistungen statt: landesintern, länderübergreifend (PISA-Erweiterung) und international (PISA). Eingreifende Maßnahmen der Schulstrukturveränderung und „Qualitätssicherung“ werden jedoch zum Teil vor der Veröffentlichung der Ergebnisse und immer ohne erkennbaren Zusammenhang mit den Resultaten der Untersuchungen beschlossen und umgesetzt.

In dieser Situation beschließt die Mitgliederversammlung der GGG nachfolgende Einschätzungen und Erwartungen zur Schulpolitik als handlungsleitende Orientierungen des Gesamtschulverbandes.

1. Kurze Skizze der Studien

Landesinterne Untersuchungen

Der Öffentlichkeit liegen die landesinternen Leistungserhebungen in Hamburg (LAU 5 und LAU 7) vor. Die Abschlussberichte zu den Mathematikerhebungen in Brandenburg (QuaSUm als Stichprobenuntersuchung der Jahrgänge 5 und 9) und in Rheinland-Pfalz (MARKUS als allgemeine Untersuchung des Jahrgangs 8) sind ebenfalls veröffentlicht.

Internationale PISA-Untersuchung (PISA)

Die internationale Untersuchung wird in 3 Zyklen durchgeführt (2000, 2003, 2006). Gegenwärtig wird der erste Zyklus mit dem Schwerpunkt „Erhebung der Lesefähigkeit (*reading literacy*)“ ausgewertet. Allen 3 Zyklen liegt als inhaltliches Konzept der Begriff der *literacy* zu Grunde, das der deutschen curricularen Orientierung fremd ist. Untersuchungen werden 15-Jährige, also Schüler und Schülerinnen am Ende der Pflichtschulzeit.

Mit *literacy* wird die Fähigkeit bezeichnet, selbstständig und kompetent mit Hilfe der in der Schule erworbenen Instrumente Situationen des alltäglichen, beruflichen und gesellschaftlichen Lebens zu meistern. Zentral ist dabei die Anwendung von Gelerntem im realen Leben. Im Jahr 2003 geht es um *mathematical literacy*, im Jahr 2006 um *scientific literacy*.

Länderübergreifende Untersuchungen (PISA - Erweiterung -E-)

Zeitlich parallel zur Durchführung der internationalen Vergleichsuntersuchung PISA (Programme for International Student Assessment) im Frühsommer 2000 lief nach Beschluss der Kultusministerkonferenz die innerdeutsche Erweiterung der Untersuchung. Sie unterscheidet sich von der internationalen Untersuchung durch die erheb-

lich größere Stichprobe, die den Länder- und Schulformvergleich zulässt, aber nicht zwingend macht; durch eine größere Nähe zu den Lehrplänen sowie durch eine „Korrektur“ der „Verzerrungen“ der internationalen Stichprobe, die dadurch entsteht, dass durch späte Einschulung und Sitzenbleiben die 15-Jährigen in Deutschland in niedrigeren Jahrgangsstufen lernen als international üblich.

2. Bisher vorliegende Ergebnisse und Erkenntnisse

Die Untersuchungen der Mathematikleistungen in Brandenburg und in Rheinland-Pfalz weisen eindeutig die angemessene Leistungshöhe der Schüler und Schülerinnen in den Gesamtschulen nach. Sie bestätigen intern, gegenüber den Eltern und der kritischen Öffentlichkeit die gute Qualität der fachlichen Bildungsarbeit der Gesamtschulen.

Auch die Hamburger Untersuchungen erbrachten dieselben Ergebnisse. Sie waren jedoch breiter angelegt und weisen – wie schon frühere Studien – differenziert nach:



Mitgliederversammlung der GGG in Lübeck

Es ist das dreigliedrige Schulsystem selbst, das Leistungsungerechtigkeit und soziale Ungerechtigkeit produziert und das sich leistungshemmend auf die Gesamtheit eines Schülerjahrgangs auswirkt. Indikatoren für diese Effekte sind

- hinsichtlich der *Leistungsungerechtigkeit* die breiten Überlappungen der Fähigkeiten und Leistungen der Schüler und Schülerinnen über Schulformgrenzen hinweg;
- hinsichtlich der *sozialen Ungerechtigkeit* die große Bedeutung des Schulabschlusses der Eltern und der häusliche Bücherbestand für die Schulformzugehörigkeit ihrer Kinder;
- hinsichtlich der *Vergeudung von Leistungsfähigkeiten* die ungleiche Entwicklung von Leistungen gleich befähigter Kinder in den verschiedenen Schulformen. Insbesondere mathematisch-naturwissenschaftliche Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen bleiben durch ihre Schulformzugehörigkeit vor allem zur Hauptschule unentwickelt.

Die nationale Vorstudie Mathematik zur internationalen PISA-Untersuchung beweist:

Minderleistungen deutscher Schüler und Schülerinnen werden durch das bestehende System des Sitzenbleibens, des erzwungenen Schulwechsels sowie die schulformspezifischen Curricula vorprogrammiert, die nicht in allen Schulformen zu einer Grundbildung in Mathematik führen.

Das Konzept fachlicher Leistung, *literacy*, das Grundlage der internationalen PISA-Untersuchung ist, führt ebenfalls zu neuen Erkenntnismöglichkeiten. Aus Sicht der GGG handelt es sich dabei um ein pädagogisch interessantes Konzept, das der didaktischen und curricularen Diskussion in Deutschland innovative Impulse geben könnte, wenn eine kritische Rezeption stattfindet. Doch bisher ist keine Beschäftigung offizieller Instanzen der Schulpolitik mit diesem Konzept erkennbar.

3. Aktionen und Reaktionen der Schulpolitik

Während weder die Konzepte diskutiert noch die Ergebnisse von PISA noch von PISA-E ausgewertet und veröffentlicht sind, finden bereits in allen Bundesländern einschneidende Maßnahmen der Strukturveränderung und „Qualitätssicherung“ statt:

- die Auflösung integrierter Jahrgangsstufen 5/6
- die Einrichtung von Schnellläuferklassen zum Abitur
- die Verschärfung von Ausbildungsordnungen und Versetzungsbedingungen
- mehr zentrale Abschlussprüfungen
- schulübergreifende Korrekturen.

Wirkungen dieser Planungen bzw. Maßnahmen sind in einzelnen Bundesländern jetzt schon statistisch nachweisbar. Die Zahl der Sitzenbleiber in allen Schulformen nimmt zu; mehr Schüler und Schülerinnen müssen

auf „niedrigere“ Schulformen wechseln, sind Schulscheiterer.

Qualitätssteigerung wird so nicht erreicht; bezogen auf 100 % der Kinder eines Jahrgangs aber mehr Misserfolg und ein geringeres Bildungsniveau. Der Abstand zu den deutlich höheren Schulabschlussquoten anderer Industrieländer wird noch größer!

Ausgeblieben sind dagegen in nennenswertem Umfang und auf breiter Basis

- Maßnahmen der Unterstützung innerer Schulentwicklung,
- eine Ausweitung der Fortbildung und der Unterstützung der Lehrpersonen
- die zeitliche und inhaltliche Befähigung zur Umsetzung von pädagogischen Innovationen, kurz,
- alles das, was zu einer Pädagogik der Förderung und Erfolgsorientierung ermutigt und befähigt hätte. Modellversuche können diese Leistung auf Systemebene nicht erbringen.

4. Erwartungen an das Wissenschaftskonsortium PISA

In dieser Situation unkoordinierten politischen Umgangs mit Untersuchungsergebnissen und Maßnahmen ist wissenschaftliche Sorgfalt besonders wichtig.

Die GGG hat wahrgenommen, dass die verantwortlichen Wissenschaftler ihrer öffentlichen Verantwortung in Hinsicht auf die Instrumentalisierung ihrer Ergebnisse stärker gerecht wurden als noch zu Beginn der Diskussion. Sie begannen, offensichtlichen Missbrauch öffentlich entgegen zu treten und berücksichtigten bei der Ergebnispräsentation von TIMSS III die früheren Erfahrungen.

Auch bei der bevorstehenden Veröffentlichung der Ergebnisse von PISA und PISA-E erwartet die GGG

- eine im wissenschaftlichen Verständnis vollständige Veröffentlichung der Studien. Dies beinhaltet eine klare Darstellung Methoden und Instrumente sowie der Begrenztheit der möglichen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen, vergleichbar der international üblichen Praxis.
- eine Darstellung der Ergebnisse, die ein Ranking zwischen Schulformen und Bundesländern erschwert oder unmöglich macht.
- das klare und öffentliche Entgegenreten bei Missdeutungen und Missbrauch der Ergebnisse sowie den fairen Umgang mit aufgetretenen Problemen.

Darüber hinaus laden wir die Forscher und Forscherinnen – nicht nur des PISA-Konsor-



Mitgliederversammlung der GGG in Lübeck

tiums – im Namen und im Auftrag vieler Gesamtschulen aus unterschiedlichen Bundesländern ein, sich vor Ort ein Bild über die Arbeit der Gesamtschulen zu machen. Gesamtschulen sind in hohem Maße an direktem Kontakt und Austausch mit WissenschaftlerInnen und Universitäten / Hochschulen interessiert – zum beidseitigen Vorteil und Nutzen.

5. Erwartungen an die Schulministerien der Länder

a. zum weiteren Umgang mit den Schulleistungstudien

Im Blick auf die zurück liegenden Erfahrungen seit der Veröffentlichung von TIMSS und BIJU und im Interesse der Verwirklichung der bestmöglichen Bildungs- und Lernchancen für alle Kinder erwartet die GGG

- die Durchführung der mündlich wie schriftlich zugesagten Konferenz der KMK mit einem breiten Publikum aus VertreterInnen der Wissenschaft, der Schulen und Organisationen im Schulbereich, der Schulverwaltung und der Bildungspolitik – mit dem Ziel, eine differenzierte, sachliche Diskussion der Ergebnisse einzuleiten. So kann eine Basis für eine glaubwürdige und sachgerechte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen entstehen.

- das Festhalten an dem Beschluss, keinerlei Ranking von Schulformen und Bundesländern durchzuführen. Dazu sind eine entsprechende Klarstellung gegenüber der Öffentlichkeit sowie ein entsprechender Auftrag an das Wissenschaftler-Konsortium bezüglich der Ergebnisdarstellung notwendig.

Unterricht und soziales Umfeld allein können Befunde nicht ausreichend erklären. Die GGG hält es daher nicht für sachgerecht, sondern für lösungsfreundlich, wenn – wie bisher – traditionelle Mechanismen und Strukturen des Schulsystems wie Sitzenbleiben und die Mehrgliedrigkeit der Sekundarstufe I außerhalb der Betrachtung bleiben sollten. Wenig ist so eindeutig und schlüssig nachgewiesen wie die soziale Ungerechtigkeit, die Leistungsungerechtigkeit und die Leistungshemmung des gegliederten Schulwesens.

b. zur Schwerpunktsetzung einer künftigen Bildungspolitik

Kurzfristig sind folgende Maßnahmen möglich und nötig:

- die strukturellen Leistungshemmer wie Sitzenbleiben und Rückstufungen von Kindern auf „einfachere“ Schulformen abzubauen
- Gesamtschulen als integrierte Schulen jetzt auszuweiten, integratives Arbeiten im Rahmen einer neuen KMK-Vereinbarung

zu erleichtern und zu stärken und zunehmend ihre allgemeine Einführung voranzutreiben. Denn sie bieten die strukturellen Voraussetzungen für das Ernstnehmen des schulischen Förderauftrags für alle Kinder an Stelle von Aussonderung. Sie bieten die Möglichkeit und schaffen die Herausforderung für didaktische Innovation und curriculare Weiterentwicklung für Alle.

- ein klares Konzept für die Lehreraus-, fort- und -weiterbildung mit dem Ziel der Förderung Aller zu entwickeln sowie erhebliche Finanzmittel für die Fortbildung in curricularer, didaktischer und methodischer Hinsicht bereit zu stellen. Der gute Wille von Lehrern und Lehrerinnen kann nicht allein Grundlage einer allgemeinen Weiterentwicklung von didaktischer und curricularer Kompetenz sein. Orientierung an erfolgreichen Beispielen ist möglich: das kanadische Durham Board of Education, das schottische North Lanarkshire, mehrere Kantone der Schweiz.

Da alle neueren Leistungsforschungen vorhandene Erkenntnisse bestätigt haben, ist an Stelle weiterer Forschung die Umlenkung und Konzentration der Ressourcen auf die Verbesserung der schulischen Praxis möglich und plausibel. Offensichtlich kontraproduktive Maßnahmen und Diskussionen entziehen dagegen weiteren Forschungsprojekten die Glaubwürdigkeit.

Die GGG-Landesverbände

GGG-Landesverband		Anschrift		Telefon / Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Rolf Wiehe	Gluckstr. 2	79104 Freiburg	0761 / 5 33 69	
Bayern	Monika Schneider	Schleißheimer Str. 350	80809 München	089 / 359 71 80	
Brandenburg	Ulf Weltzin	Ehm-Welk-Str. 58	16303 Schwedt	03332 / 41 64 08	uwe.weltzin@swschwedt.de
Bremen	Wolfgang Vogel	Triftstr. 9	27580 Bremerhaven	0471 / 8 19 09 0471 / 8 63 76	wovogel@t-online.de
Hamburg	Andreas Baumgarten	Tegethoffstr. 5	20259 Hamburg	040 / 490 32 32	Andreas_Baumgarten@t-online.de
Hessen	Marita Zischeck	An der Ringkirche 12	65197 Wiesbaden	0611 / 949 00 69 0611 / 949 06 82	MaritaZischeck@gmx.de
Mecklenburg-Vorpommern	Angelika Matthias	Rosenring 10	17039 Neuenhof		
Niedersachsen	Ulrich Meyer	An der Illoshöhe 9a	49078 Osnabrück	0541 / 4 68 64 0541 / 4 53 07	ullioba.meyer@t-online.de
Nordrhein-Westfalen	Manfred Jaeger	Wilhelm-Leuschner-Str. 1a	59174 Kamen	02307 / 23 59 86	Manfred.Jaeger@gmx.ch
Rheinland-Pfalz	Margret Kierney	Wartenbergstr. 10	67158 Ellerstadt	06237 / 78 40 06237 / 92 90 84	
Saarland	Ulrich Basselli	Amselstr. 5	66113 Saarbrücken	0681 / 75 27 98	UliBasselli@freenet.de
Sachsen	Thomas Jahre	Paul-Jäckel-Str. 60	09113 Chemnitz	0371 / 22 06 70	
Sachsen-Anhalt	Joachim Busch	Schäfferstr. 14	39112 Magdeburg	0391 / 733 82 76	
Schleswig-Holstein	Dieter Zielinski	Geibelallee 24	24116 Kiel	0431 / 1 84 02 0431 / 149 90 85	Diet_Ziel@t-online.de
Thüringen	Bernd Wilhelm	Vor den Salzwiesen 5	99195 Stotternheim	036204 / 5 19 51	

Bundsvorstand

Der neue GGG-Bundsvorstand stellt sich vor – Kurzportraits der Vorstandsmitglieder

Ingrid Wenzler, Bundsvorsitzende der GGG

geboren 1949, Studium der Anglistik, Geschichte und Politologie, 1977 Lehrerin an einer Gesamtschule; 1988 Leiterin der neu gegründeten Hulda-Pankok-Gesamtschule in Düsseldorf; seit 1997 Dezernentin bei der Bezirksregierung in Düsseldorf und zuständig für Gesamtschulen; Leitung mehrerer erfolgreicher Initiativen zur Neugründung von Gesamtschulen und Koordination zahlreicher lokaler Gesamtschulinitiativen in NRW.

Mitglied der GGG seit 1978, im Bundsvorstand von 1982-1986 als Redakteurin der Gesamtschulkontakte. Von 1997-1999 als stellvertretende Bundsvorsitzende und seit 1999 als Bundsvorsitzende.

Anschrift: Mendelssohnstraße 9, 40233 Düsseldorf, E-Mail: iwenzler@cityweb.de

Lothar Sack, Stellv. Bundsvorsitzender der GGG

1941 in Berlin geboren, zwei Söhne (26 und 23);

Mathematik- und Physikstudium, seit 1969 im Schuldienst, Mitarbeit in einem Mathematikdidaktikprojekt der VW-Stiftung in Verbindung mit der Uni Bielefeld, dem Projekt Demokratisierung in der Schule (W. Brandt / O. Palme), von 1978 bis 1991 Moderator für informationstechnische Bildung

bei der Berliner Senatsverwaltung für Schule, 1991 stellvertretender Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule, seit 1992 Leitung der Schule. Seit 1995 Mitglied des Berliner Landesvorstandes der GGG; seit 1999 (Bundeskongress in der Fritz-Karsen-Schule) Mitglied im Bundsvorstand der GGG.

Anschrift: Dickhardtstraße 26, 12161 Berlin, E-Mail: Lothar.Sack@t-online.de

Christoph Heuser, Beisitzer im Bundsvorstand der GGG

geboren 1948 in Essen, Studium in Tübingen und Frankfurt (Geschichte und Politik), Referendariat in Darmstadt für das Lehramt an Gymnasien;

seit September 1976 Lehrer an der Laborschule Bielefeld für Gesellschaftslehre und Deutsch, vor allem in den Jahrgängen 8 bis 10; seit 1978 Mitglied der GGG, Mitarbeit in verschiedenen Bundesarbeitsgemeinschaften, zuletzt in der Gruppe, die Heft 51 der Blauen Reihe „LehrerInnenbildung für Gesamtschulen“ geschrieben hat; im Bundsvorstand der GGG seit 1995 mit dem Schwerpunkt Vorbereitung der Bundeskongresse, hier in erster Linie der Foren und Arbeitsgruppen;

in der kommenden Amtsperiode neben der Vorbereitung des nächsten Bundeskongresses Mitarbeit in der Redaktion der Gesamtschulkontakte, außerdem im Arbeitskreis PISA

und der Gruppe, die „Bildung offensiv“, das gemeinsame Vorhaben von GGG und GEW, koordiniert.

Anschrift: Schlosshofstraße 16, 33615 Bielefeld, E-Mail: christoph.heuser@uni-bielefeld.de

Erika Baus, Schriftführerin der GGG

66 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, 4 Enkelkinder; Lehrerin für Mathematik/Physik im Ruhestand;



Erika Baus

in der PDS Mitglied der AG Bildungspolitik im Bund und im Land; berufene Bürgerin im Stadtparlament, Ausschuss für Bildung, Jugend, Sport, Kultur und Soziales; im GGG-Landesvorstand Brandenburg Geschäftsführerin; seit 1992 Mitglied im GGG-Bundsvorstand.

Anschrift: Otto-Langenbach-Ring 17, 15344 Strausberg, E-Mail: ggg-brandenburg@web.de

Dr. Michael Hüttenberger, Bundsgeschäftsführer der GGG

45 Jahre alt, verheiratet 2 Kinder (18 und 12); Studium für das Lehramt an Grundschulen, danach für Haupt- und Realschulen, Diplom-Pädagoge, Soziologie-Studium mit Promotion zum Dr. phil., Referendariat von 1979-1981, seit 1983 im Schuldienst zunächst als Grundschullehrer, dann an der Grundstufe einer IGS; seit 1990 Schulleiter der Erich Kästner-Schule in Darmstadt-Kranichstein, einer Grundschule mit Förderstufe, die inzwischen als Grundschule und IGS auf- und ausgebaut ist; für die SPD Mitglied im Darmstädter Stadtparlament seit 2001; 1987-1993 Mitglied im GGG-LV Hessen, 1989-1991 Revisor für den Bundsvorstand, seit 1999 im Bundsvorstand der GGG als Bundsgeschäftsführer.

Anschrift: Spitzwegpfad 16, 64291 Darmstadt, E-Mail: 106607.3610@compuserve.com



Ingrid Wenzler, Lothar Sack und Christoph Heuser

**Arnulf F. Staap,
Beisitzer im Bundesvorstand der GGG**

45 Jahre alt, verheiratet, zwei Töchter im Alter von 14 und 18 Jahren;
Diplom-Forstwirt und Waldpädagoge;
Vorsitzender der Landeselternvertretung der Gesamtschulen des Saarlandes; seit einigen Jahren im Vorstand des saarländischen Landesverbandes der GGG aktiv, u.a. Mitgestaltung von Seminaren für Eltern und LehrerInnen;
2001 neu gewählt in den Bundesvorstand der GGG; wesentliches Ziel: verstärkt Eltern in die Tätigkeit der GGG einbeziehen und Eltern- und Schülerinteressen vertreten.
Anschrift: Schulstraße 10 – Im alten Schulhaus, 66333 Völklingen-Ludweiler, E-Mail: ArnulfF.Staap@t-online.de



*Die Neuen:
Ingo Kunz, Arnulf F. Staap und André Bigalke*

**Dr. Ingo Kunz,
Beisitzer im Bundesvorstand der GGG**

47 Jahre alt, Vater zweier Töchter; Studium der Physik, Abschluss mit Promotion; beruflich tätig als EDV-Berater; seit 1991 in der Elternvertretung aktiv als Schuelternbeiratsvorsitzender, Mitglied im Stadtelternbeirat und im Landeselternbeirat Hessen;
2001 neu gewählt in den Bundesvorstand der GGG; wichtigstes Anliegen: die Beteiligung der Eltern stärken.
Anschrift: Siemensstraße 8, 64289 Darmstadt, E-Mail: ingo.kunz@gmx.de

**André Bigalke,
Beisitzer im Bundesvorstand der GGG**

33 Jahre alt, der Gesamtschule seit der eigenen Gesamtschulzeit verbunden, ehemaliger LandesschülerInnensprecher und Mitarbeiter in der AfB, Studium und Referendariat, seit kurzer Zeit als Lehrer im Schuldienst, jetzt an der Ida-Ehre-Gesamtschule (ex Jahn) in Hamburg-Rotherbaum;
nach einigen Jahren im Hamburger Landesvorstand und im Hauptausschuss 2001 neu

in den Bundesvorstand der GGG gewählt; viele regionale Veränderungen, positiv wie negativ, wirken bald woanders, hier Netzwerke für Information und Austausch zu schaffen, ist die zentrale Aufgabe des GGG-Bundesverbandes; deshalb hat er sich entschlossen, hierbei mitzuhelfen; beschäftigt sich ansonsten mit Schachspielen, Politik, regionaler Geschichtsvermittlung und der Finnougristik.
Anschrift: Weidestraße 99, 22083 Hamburg, E-Mail: andre.bigalke@dkrz.de



*Die „Hessen – Darmstädter“
Michael Hüttenberger und Ingo Kunz*

**Termine Bundesvorstand und
Hauptausschuss 2001/02**

Gemeinsame Vorstandssitzung GGG/GSV (Hannover)	27.10.2001
Bundesvorstand in Unna	23.11.2001
Bundesvorstand /Hauptausschuss in Unna	24./25.11.2001
Bundesvorstand	01.-03.02.2002
Arbeitskreis „PISA“ in Hannover	23.02.2002
Bundesvorstand in Unna	15.03.2002
Bundesvorstand /Hauptausschuss in Unna	16./17.03.2002
Bundesvorstand	22.06.2002
Bundesvorstand	30.08. - 01.09.2002
Bundesvorstand	22.11.2002
Bundesvorstand /Hauptausschuss	23./24.11.2002

Klausurtagung des BV in Ostfriesland

(iw) Vom 24. - 26.8.01 fand die konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes der GGG statt. Auf Einladung unseres Geschäftsführers Michael Hüttenberger führten wir diese Sitzung in seinem Haus im ostfriesischen Stedesdorf durch, ein Ort, der sicherlich sehr zum Gelingen und zu der ausgezeichneten Produktivität der ersten Sitzung des neu gewählten Bundesvorstandes beitrug. Ein Besuch in der Geschäftsstelle der GGG in Aurich war dadurch ebenfalls möglich, mit anschaulicher Demonstration der gewissenhaften und gut strukturierten Arbeit unserer Geschäftsstellenleiterin Christel Schehr sowie neuen Ideen zur Archivierung und Materialproduktion und -verwendung.

Rückblick auf den Gesamtschulkongress 2001 in Lübeck

Der Bundesvorstand konnte inhaltlich, organisatorisch und finanziell eine rundum positive Bilanz des Kongresses ziehen. Erfahrungen wurden für weitere Kongressvorbereitungen gesichert. Zu entscheiden waren der Zeitpunkt des Kongresses sowie der Fortgang der Satzungsberatung.

Zum Zeitpunkt: Der Bundesvorstand beschloss, beim Termin des Himmelfahrtswochenendes zu bleiben. Es findet sich – verursacht durch die versetzte Lage der Ferien in den Bundesländern sowie die uneinheitlichen Abiturtermine – kein Zeitpunkt, der schlüssig mehr Vorteile hätte als der traditionelle GGG-Termin. So findet also der Bundeskongress 2003 vom 29. - 31.5. statt. (Zum Ort siehe die Ausschreibung auf Seite 12.)

Satzungsberatungen: Die beschlossenen Änderungen werden amtsgerichtlich fixiert. Der

Auftrag der Mitgliederversammlung, einen veränderten Vorschlag zur Strukturreform zu erarbeiten, wurde strukturiert. Die Mitgliederversammlung im Zwischenkongressjahr soll voraussichtlich am 16.3.2002 in Unna stattfinden.

Das Heft 2 / 2001 der Gesamtschulkontakte mit der Dokumentation des Kongresses liegt in erhöhter Auflage vor und kann für GGG-Info-Tische sowie andere Werbemaßnahmen bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Arbeitsplan 2001 – 2003

In hohem Maße enthält der Arbeitsplan die Fortführung begonnener Projekte. Wichtige Aktivitäten sind begonnen und nehmen konkrete Gestalt an. Dies sind

- die Zusammenarbeit mit der GEW, u.a. im Rahmen der Aktion „Bildung offensiv“ und zum Schwerpunkt Chancengleichheit
- die Kooperation mit dem Grundschulverband auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung „Länger miteinander und voneinander lernen“. Diese Erklärung wurde vielen bildungspolitischen Organisationen und Gewerkschaften mit der Bitte um Unterzeichnung zugesandt. Ein gemeinsames Buch ist in Arbeit, das die Forderung entfaltet und begründet.
- der Arbeitskreis PISA, dessen weitere Aktivitäten auf dem Beschluss der Mitgliederversammlung (s. Abdruck in diesem Heft) fußen werden. Planmäßig sollen im Dezember 2001 die ersten Ergebnisse der internationalen PISA-Untersuchungen sowie im Frühjahr 2002 der nationale Teil veröffentlicht werden. Brisanz ist zu erwarten. Für seine Arbeit im Vorfeld

der Veröffentlichung und danach besitzen der Bundesvorstand sowie der Arbeitskreis nun eine solide Rückendeckung der Mitgliederversammlung.

Eine verstärkte zielgruppenbezogene Elternarbeit, der Ausbau und die Pflege der Internet-Präsenz der GGG sowie die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sind feste Vorhaben. Der Vorstand beschloss die Konstituierung einer Redaktion der Kontakte sowie die Vereinbarung eines redaktionellen Konzeptes (siehe Seite 2).

Zur Reform der Lehrerbildung hat die GGG schon 1999 Vorschläge vorgelegt: „LehrerInnenbildung für Gesamtschulen“ als Heft 51 der Blauen Reihe. In die gegenteilige Richtung bewegt sich die Lehrerbildung in NRW. Deshalb unterstützt der Bundesvorstand nachdrücklich die von 6 Professoren vorgelegte Resolution zur Situation der Lehrerbildungsreform in NRW und beschloss die Unterzeichnung (s. Seite 13).

Eine Vielzahl politischer Kontakte soll fortgeführt, weitere neu geknüpft werden. Feste Vorhaben sind die Teilnahme an der Bildungsmesse vom 19. - 23.2.02 in Köln, das 4. Gesamtschulgespräch vom 8. - 10.5. 2002 sowie eine Gedenkveranstaltung der Fritz-Karsen-Schule in Berlin zum 50. Todestag von Fritz Karsen (s. Heft 2 / 99 der Gesamtschulkontakte).

Und eines der wichtigsten Anliegen, eine der wichtigsten Aufgaben bleibt die Mitgliederwerbung. Nicht alle unserer Mitglieder bleiben auch im Ruhestand oder nach der aktiven Elternzeit im Verband. Die Zahl der aus diesem Grund ausscheidenden Personen ist weiterhin größer als die Zahl der Neueintritte. Aber es ist ziemlich wahrscheinlich, dass noch eine größere Gruppe potenzieller Mitglieder durch aktive Werbung gewonnen werden kann. Dies bleibt die gemeinsame Dauerherausforderung und eine positive Mitgliederbilanz das erklärte Ziel.

Die Beitragsstrukturreform greift:

Neue Mitgliedsbeitragsätze ab dem 1. Januar 2002

Am 26.05.2001 beschloss die GGG-Mitgliederversammlung in Lübeck einstimmig eine Beitragsstrukturreform, die neue Mitgliedsbeitragsätze zur Folge hat. Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung auf die einzelnen Mitgliedergruppen?

Für die **korporativen Mitglieder** bedeutet die Beitragsstrukturreform nicht anderes als eine ganz normale Beitragserhöhung. Sie zahlen ab 2002 einen Beitrag von 120 Euro. Dies ist gegenüber dem bisherigen Beitrag von DM 200 eine Steigerung um immerhin

17%. Die letzte Beitragserhöhung liegt allerdings 10 Jahre zurück, sodass sich die Erhöhung in einem vertretbaren Rahmen hält. Hinzukommt, dass sich die GGG bemüht hat, die Serviceleistungen gerade für korporative Mitglieder zu verbessern.

Für die **Einzelmitglieder** gab es bisher 5 verschiedene Tarifgruppen: für Lehrerinnen und Lehrer bzw. im Bildungsbereich Tätige in Ost und West, für Eltern ebenfalls unterschieden in Ost und West und für Schülerinnen und Schüler, Arbeitslose sowie „Ruhe-

ständler“. Dies wird ab 2002 einfacher und klarer geregelt sein.

Zunächst erhöht sich der Vollbeitrag für Einzelmitglieder von bisher 120 DM auf 70 Euro, eine Erhöhung um ca. 14 %. Neben diesem Vollbeitrag gibt es noch einen ermäßigten Beitrag für Einzelmitglieder (35 Euro) und einen subventionierten Beitrag für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Arbeitslose (10 Euro). Generelle oder gewohnheitsmäßige Zuordnungen auf Eltern und „Ruheständler“ entfallen, ebenso die Unterscheidung von Ost- und Westbeiträgen. Jedes Einzelmitglied entscheidet selbst darüber, ob es den Vollbeitrag oder den ermäßigten Beitrag zahlen möchte bzw. den

subventionierten Beitrag in Anspruch nehmen möchte.

Bei angenommenen 3.000 Mitgliedern und der Berücksichtigung ausschließlich der Vereins-Organisationskosten (Personal-, Sachkosten und Organe) sowie der Kontakte ist der ermäßigte Betrag von 35 Euro gerade kostendeckend, Mitglieder, die den subventionierten Beitrag zahlen, sind entsprechend mit 25 Euro „subventioniert“.

Wie geht es weiter ?

Die korporativen Mitglieder und alle Einzelmitglieder, die bislang den Vollbeitrag gezahlt haben, werden über die Beitragserhöhung nicht mehr gesondert benachrichtigt, die Mitteilung gilt über diese Information in

den Gesamtschulkontakten als erfolgt.

Alle Einzelmitglieder, die bislang nicht den Vollbeitrag gezahlt haben, werden in einem separaten Mitgliederbrief über die nachstehenden neuen Möglichkeiten und Bedingungen der Beitragsermäßigung informiert:

Wer in Zukunft den ermäßigten Beitrag (35 Euro) zahlen möchte, richtet bis zum 15.11.2001 einen entsprechenden formlosen Antrag an die Geschäftsstelle, damit die Eingruppierung rechtzeitig für 2002 erfolgen kann.

Wer den subventionierten Beitrag (10 Euro) zahlen möchte, kann dies mit der Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung ebenfalls bis zum 15.11.2001 der Geschäftsstelle mitteilen.

Alle anderen Einzelmitglieder über 18 Jahre werden für das Jahr 2002 in die Gruppe der Vollbeitragszahler eingestuft.

Die Abbuchung der neuen Beiträge erfolgt wie gewohnt im Mai jeden Jahres.

Für alle Mitglieder, die von Beitragserhöhungen betroffen sind, wird in diesem Jahr die Kündigungsfrist bis zum 15.11.2001 verlängert.

Wir hoffen jedoch auf wohlwollendes Verständnis für die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Maßnahmen und freuen uns über jedes Mitglied, das der GGG weiterhin aktiv oder passiv unterstützend die Treue hält.

Dr. Michael Hüttenberger
Bundesgeschäftsführer

Die Satzung – die Diskussion geht weiter

Beschlossene und nicht beschlossene Änderungen

(L.S.) Auf der Mitgliederversammlung in Lübeck wurde die von HA und BV eingebrachte Satzungsänderung zu ihrem geringeren Teil angenommen. Die geänderten Teile seien hier in ihrer neuen Fassung wiedergegeben:

§ 1 Name, Sitz und Zweck der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft führt den Namen „Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. - Gesamtschulverband“. Sie führt als Logo die Buchstabenfolge GGG.

§ 6 Gliederung und Organe der Gesellschaft

(3) a) Der Vorstand der Bundesorganisation besteht aus

- einer/einem Vorsitzenden,
- mindestens einer/einem stellvertretenden Vorsitzenden,
- dem/der Schriftführer/in,
- dem/der Kassierer/in und Geschäftsführer/in und
- Beisitzer/inne/n.

Die Namensweiterung (§1 (1)) sowie die Streichung der expliziten Funktion des Kontakte-Redakteurs im Vorstand (§6 (3) a) wurden somit angenommen.

Die ebenfalls vorgeschlagene Einführung einer Delegiertenversammlung hingegen fand nicht die erforderliche Mehrheit. In einer Reihe von Stellungnahmen in der Mitgliederversammlung wurde deutlich, dass der Vorschlag als ein zu starker Eingriff in die Traditionen der GGG gesehen wird. Möglicherweise war auch die Zeitspanne für die Diskussion und Meinungsbildung über

die weitergehenden Vorschläge zu knapp. BV und HA werden dies zu berücksichtigen haben.

Allerdings sind die Probleme nicht gelöst, die überhaupt zu einer Beschäftigung mit der Satzung geführt haben. Dies ist solange unproblematisch, wie alle Beteiligte kooperativ miteinander umgehen, was bisher auch der Fall war; aber genau für eine solche Situation ist eine Satzung nicht gemacht. Eine Satzung muss auch in Situationen schärferer Auseinandersetzungen den Verband handlungsfähig erhalten.

Beginnt man in solchen Situationen mit Satzungsdiskussionen, ist es meistens zu spät, auch weil dann der Verdacht entsteht, dass die Satzung als „Trick“ zur Durchsetzung inhaltlicher Interessen missbraucht wird. Dass die Satzungsdiskussion zum jetzigen Zeitpunkt ohne (versteckte) inhaltliche Kontroverse geführt wurde, hat es den Mitgliedern des scheidenden Bundesvorstandes im übrigen dann auch leichter gemacht, sich trotz der Ablehnung des von ihm mit eingebrachten Satzungsvorschlags erneut für die Vorstandsarbeit zur Verfügung zu stellen. Hilfreich für diese Entscheidung war auch der Eindruck, dass die von den Befürwortern der Satzungsänderung benannten Gründe von der Mitgliederversammlung ernst genommen und im wesentlichen auch geteilt wurden.

Die wesentlichen, nach wie vor ungelösten Probleme betreffen

- die Entwertung der Mitgliederversammlung als innerverbandliches Diskussions- und Beschlussfassungsorgan für inhaltliche Fragen (weil auf jeder Mitgliederver-

sammlung notwendige, aber zeitaufwendige andere Aufgaben erledigt werden müssen, z.B. Rechenschaftsberichte und Wahlen),

- das Auseinanderklaffen von Wahlperiode für den Vorstand und Geschäftsjahr (wobei alles dafür spricht, das Geschäftsjahr nicht zu ändern),
- die (über-)lange Zeit, die bis zur Entlastung des scheidenden Vorstandes vergeht (für das Kongressjahr kann die Entlastung in der Regel erst zwei Jahre später erteilt werden) und schließlich
- die entstehende Situation, falls ein Bundesvorstand durch eine Mitgliederversammlung in einem Nichtkongressjahr abgewählt werden würde. (Dann könnte nämlich der jetzt bestehende und als beizubehalten gewünschte Zustand, dass die Mitgliederversammlung den BV anlässlich des Bundeskongresses wählt, nur durch
 - eine Satzungsänderung – Veränderung der Amtsdauer des Vorstandes –
 - den freiwilligen Rücktritt des gesamten Bundesvorstandes oder
 - eine erneute Abwahl durch die Mitgliederversammlung wieder hergestellt werden.)

Insgesamt eine unbefriedigende Situation, die eine weitere Beschäftigung mit der Satzung nahelegt. Wir werden uns also weiterhin damit zu befassen haben.

Der Bundesvorstand hat auf seiner konstituierenden Sitzung diese Sachverhalte erörtert und wird, wie in der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, im Frühjahr des kongressfreien Jahres (also 2002) eine Mitgliederversammlung einberufen. Die Erfahrungen werden sicher hilfreich für die weitere Diskussion sein.

Ausschreibung des Bundeskongresses 2003

An alle Gesamtschulen

Alle 2 Jahre über Christi Himmelfahrt findet der Gesamtschulkongress der GGG statt, der nächste vom 29. - 31. Mai 2003. Es ist eine gute Tradition der GGG, in Gesamtschulen zu tagen.

Hätten nicht Sie, hätte nicht Ihre Gesamtschule Interesse daran, den nächsten Kongress der GGG auszurichten? Der Bundesvorstand lädt alle interessierten Gesamtschulen herzlich dazu ein, diese Frage zu prüfen und ihr eventuelles Interesse möglichst bis 1. November 2001 gegenüber dem Landesvorstand der GGG Ihres Landes kund zu tun.

Aus der Erfahrung hat sich als wichtig erwiesen:

- Es sollte möglichst die grundsätzliche Zustimmung der schulischen Gremien vorliegen.
- Hotelkapazität in der engeren Umgebung der Schule sollte vorhanden sein.
- Der zuständige Landesvorstand der GGG ist ebenfalls an der Ausrichtung interessiert.

Neben der unzweifelhaft damit verbundenen Arbeit bringt der Kongress der Schule auch Nutzen und Freude, neue Erfahrungen und Kontakte.

Der Bundesvorstand informiert Sie gerne bei allen Ihren Fragen im Vorfeld der Entschei-

dungsfindung. Kontakt: Ingrid Wenzler (E-mail: iwenzler@cityweb.de)

Die eingegangenen Meldungen werden bei der Sitzung des Hauptausschusses vom 24./25.11.01 gesichtet. Danach erhalten Sie eine erste Rückmeldung.

Wir freuen uns auf Ihre Reaktionen!

Für den BV

Ingrid Wenzler

Ingrid Wenzler
Bundesvorsitzende

Eine Adressenliste aller Landesverbände der GGG finden Sie auf Seite 7.

Die „Hausdruckerei“ der GGG – Druckwerkstatt Kollektiv GmbH in Darmstadt

(elh) Seit Beginn diesen Jahres arbeitet die GGG mit einer neuen Druckerei zusammen, der Druckwerkstatt Kollektiv GmbH. Hohe Qualität, günstige Preise, schnelle Lieferung, effektive Zusammenarbeit – so charakterisiert Bundesgeschäftsführer Michael Hüttenberger das neue Geschäftsverhältnis. „Insbesondere bei der Herstellung der Gesamtschulkontakte hat sich der Umstieg schon bezahlt gemacht.“

Wer und was verbirgt sich hinter diesem Namen?

„Ein kleines, schiefes Haus in einer verwinkelten Gasse. Drinnen rattern Druckmaschinen, führen steile Treppen hinauf ins Büro und hinunter in die Druckerei“, so schreibt die Frankfurter Rundschau. „Diese Firma hat ein Herz für Familien“, lobt Bild der Frau, die FAZ titelt „Darmstädter Druckwerkstatt familienfreundlicher Betrieb“. Viel Presseaufmerksamkeit für eine kleine Druckerei – aber dies kommt nicht von ungefähr: Die Druckwerkstatt ist im Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb 2000 – Neue Chancen für Frauen und Männer“ ausgezeichnet worden. Den mit 28.000 DM verbundenen Preis bekam sie im vergangenen Jahr von Bundesfamilienministerin Christine Bergmann auf der EXPO in Hannover verliehen. Das beeindruckende familienfreundliche Gesamtkonzept des Kleinbetriebs und die Schwerpunkte Väterförderung und Telearbeit überzeugte die Jury.

„Für uns bedeutet der Preis nach 15-jähriger Firmengeschichte eine Bestätigung unsrer Firmenphilosophie, die nicht nur auf Profitmaximierung setzt. Die Auszeichnung ist für uns Ermutigung auf dem Weg weiterzugehen,“ so Geschäftsführer Rainer Schönenberg.

Die Firmenphilosophie, die Schönenberg mit seinen Kollegen und Teilhabern in die Betriebsvereinbarung der GmbH packte, klingt fast zu schön, um wahr zu sein. Jeder der Erziehungszeiten leistet, bekommt Freistunden bei vollem Lohnausgleich. MitarbeiterInnen mit Kindern unter drei Jahren arbeiten sechs Stunden pro Woche weniger, Eltern mit Kindergartenkindern vier Stunden weniger und bei schulpflichtigen Kindern werden zwei Stunden wöchentlich der Elternarbeit zugeschlagen. Entsprechend früher gehen sie nachmittags nach Hause. „Und dies funktioniert nun schon seit 13 Jahren“, sagt Ulrich Pakleppa, der damals gerade frisch getrennt war und mehr Zeit mit seiner Tochter verbringen wollte.

Möglich ist dieses Modell auch, weil alle Mitarbeiter schon lange mit von der Partie sind und es keine Hierarchieebenen gibt: jeder Mitarbeiter kann mindestens zwei Arbeitsplätze bewältigen. „Durch sind wir höchst flexibel“, sagt Willi Wagner, zuständig für die Betriebskoordination. Seitdem Pflegesohn Erkan bei ihm und seiner Partnerin lebt, hat er um vier Stunden reduziert.

Seine Kollegin Waso Koulis hat sich die gesamte Software für die Druckvorstufe zu Hause erarbeitet. Denn Heimarbeit ist

ebenfalls in der Betriebsvereinbarung festgeschrieben. Ebenso, dass Kinder in Notfällen mit in den Betrieb genommen werden können.

Bei 600.000 DM Jahresumsatz produziert die Druckwerkstatt Visitenkarten, Bücher, Faltblätter, Broschüren und Plakate – inzwischen auch für die GGG. Interessant ist die Zusammenarbeit mit der GGG für die Druckwerkstatt noch aus einem anderen Grund geworden – Willi Wagners Sohn beendet demnächst die Grundschule, Rainer Schönenbergs Sohn besucht seit diesem Schuljahr die 7. Klasse einer Integrierten Gesamtschule.



Bundesfamilienministerin Dr. Bergmann, Wirtschaftsminister Dr. Müller, Ulrich Pakleppa, Waso Koulis und Willi Wagner (v.l.n.r.)

Nordrhein-Westfalen

Qualitätsverbesserung statt Strukturverschlechterung!

Stellungnahme zur geplanten Umstrukturierung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen

In den letzten Jahren wurde an den Universitäten des Landes NRW eine Reihe von Verbesserungen der Lehramts-Ausbildung in Gang gesetzt. Dieser Prozess bewegte sich innerhalb eines breiten Konsenses, der u.a. durch die Empfehlungen einer NRW-Expertenkommission zur Neuordnung des erziehungswissenschaftlichen Studiums in der Lehrerbildung (1997), durch Reforminitiativen von Lehrerverbänden sowie Fachgesellschaften der Erziehungswissenschaft und der Fachdidaktiken, durch Vorschläge der KMK-Kommission zu den „Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland“ (2000) sowie durch Landtagsbeschlüsse definiert war. Zur Unterstützung warteten die Universitäten lediglich noch auf die schon lange angekündigte und immer wieder verschobene Neufassung der Lehramtsprüfungsordnung, um diese Reformaktivitäten im Sinne einer professionsbezogenen universitären Ausbildung und Bildung absichern zu können. Leider steht dem Lehramts-Studium nun in NRW eine radikale Umwälzung ins Haus, die bewährte, pädagogisch abgesicherte Prinzipien und darauf fußende Weiterentwicklungen über den Haufen wirft und zu einer erheblichen Verschlechterung zu führen droht. In der Tat sind uns keine gesicherten Anhaltspunkte dafür bekannt, dass die Lehramts-Ausbildung durch diese Umwälzungen besser würde. Die Motive, wie sie durch die gelieferten Begründungen deutlich werden, sind vielmehr exogen: Internationalisierung (obwohl z.B. die immer wieder zitierten Beschlüsse von Bologna nichts für diese Umwälzungen hergeben), Öffnung des Arbeitsmarkts, flexible Einsetzbarkeit u.ä. Die Umwälzung bezieht sich in paralleler Weise auf

1. die Abschaffung der stufenbezogenen Lehrämter und die Restauration einer Art Lehramt für „Höhere Schulen“ und einer Art Lehramt für „Volksschulen“ (nach wie vor mit einer um zwei Semester kürzeren Regel-Studienzeit),
 2. die verstärkte Einstellung von Personen ohne Lehramts-Studium in den Schuldienst
- sowie
3. den Modellversuch zur Entwicklung konsekutiver Studiengänge für die Lehramts-Ausbildung (d.h. in der Tendenz: zunächst ein 6-semestriges lehramtsunab-

hängiges Bachelor-Studium und da nach ein 2- bis 4-semestriges, dezidiert lehramtsbezogenes Master-Studium)

Zu 1.: Natürlich schadet es angehenden Grundschul-Lehrerinnen und -Lehrern (LP) nichts, wenn sie auch etwas über die Sekundarstufe I erfahren (und umgekehrt). Aber wenn die „Reform“ zu einer Beseitigung des Drei-Fach-Prinzips und der Orientierung an der Altersgruppe der 6- bis 10-Jährigen für den LP-Studiengang (wo NRW z.Z. vorbildlich ist) sowie zu einer Verringerung des einschlägigen Studienvolumens führt, dann stellt sie einen Rückschritt dar. Dieser würde noch verstärkt, wenn der Umfang des Pflichtstudiums der Fächer Deutsch und Mathematik (und das angesichts der TIMSS-Ergebnisse!) im Rahmen der LP-Ausbildung deutlich unter die derzeit geltenden 21 SWS abgesenkt und der Sachunterricht nicht mehr integriert, sondern nur noch partiell in maximal zwei Fächern, studiert würde. Die behauptete Stärkung der Fach-Inhalte in der LP-Ausbildung würde in wesentlichen Teilen gerade nicht erreicht: Sehr bald würden nämlich in den fundamentalen Fächern hinreichend ausgebildete Grundschul-Lehrkräfte fehlen.

Es fragt sich auch, wie in derselben Zeit, in der bisher das Lehramt Primarstufe studiert wurde, nun noch zusätzlich angemessen das Studium etwa eines Lehramts für die Hauptschule (und/oder eventuell Realschule!) absolviert werden soll – und umgekehrt.

Zu 2.: Das sog. Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in Mangelfächern (vor allem der Sekundarstufe I und der Berufsschulen) durch die Einstellung von Personen ohne einschlägiges Studium in den Schuldienst birgt die Gefahr, das Lehramts-Studium insgesamt abzuwerten und der Beliebigkeit auszusetzen sowie die Qualität von Schule zu senken (ungenügende Ausbildung, enger Horizont wegen des Ein-Fach-Lehramts, nicht unbedingt die Besten werden aus dem außerschulischen Arbeitsmarkt in die Schule wechseln).

Zu 3.: Auch nachdem das MSWF mit der Beschreibung des Modellversuchs zur konsekutiven Lehramts-Ausbildung von der Reform abgerückt ist (und sich dabei in eigentlich unlösbare Widersprüche verwickelt hat, deren Lösung es nun den Hoch-

schulen überlässt), stellt die Verfolgung dieses Konzepts ein Signal in die falsche Richtung dar, weil es im Prinzip den Erkenntnissen und einem breiten Konsens der meisten Fachleute und vieler Institutionen über die Professionalisierung der Lehramts-Ausbildung und einer frühe Verzahnung von Fach-Inhalten, Fach-Didaktik, Erziehungswissenschaft und Schul-Praxis zuwiderläuft.

Die meisten Expertinnen und Experten lehnen eine konsekutive Lehramts-Ausbildung ab. Zwar ist die Teilnahme an dem Modell-Versuch „freiwillig“; aber an den Universitäten Bochum, Bonn und Düsseldorf wird derzeit demonstriert, dass manche Hochschulen ohne diese Teilnahme die Lehramts-Ausbildung entzogen bekommen; und so setzt sich in den Köpfen vieler der Glaube fest, auf diesen „unaufhalt-samen“ Zug aufspringen zu müssen, damit man nicht irgendwann einmal irgendwelche Modelle oktroyiert bekommt oder gar der Lehramts-Ausbildung partiell oder ganz verlustig geht.

Die Universitäten in Nordrhein-Westfalen mit ihren knappen Personal-Ressourcen können sich - bei ihren Ansprüchen an die Qualität der Lehramts-Ausbildung - die gleichzeitige Verfolgung zweier konträrer Modelle (‘früher‘ vs. ‘später Professionsbezug’) für die Lehramts-Ausbildung nicht leisten. Außerdem liefert für viele Fächer eine Zwei-Fach-Ausbildung mit „vermittlungswissenschaftlichen“ Anteilen (was immer das sein soll) nicht genügend Substanz für einen Bachelor-Abschluss in dem jeweiligen Fach. Im Zuge der Propagierung von Bachelor-Master-Abschlüssen wird auch über einen solchen in „Teaching Expertise“ („Vermittlungskompetenz“) nachgedacht. Wenn an der Substanz der herkömmlichen Lehramts-Ausbildung nichts weggenommen würde und diese weiter in Richtung ‚Professionalisierung‘ entwickelt werden könnte, dann ließe sich mit dieser Etikettierung u.U. leben. In der Natur der Sache liegt es allerdings, dass ein solcher Bachelor-Abschluss ohne ein intensives Master-Studium noch nicht für den Lehrerinnen- und Lehrer-Beruf inklusive dem Referendariat qualifizieren würde. Darüber hinaus ist die Frage sonstiger (außerschulischer) Berufsbilder für einen solchen Bachelor-Abschluss (in „Teaching Expertise“ o.ä.) bisher völlig unklar.

Die Diskussion um eine Verbesserung der Lehrerbildung sollte sich nicht zuallererst an externen, formalen und institutionellen Fragen festmachen, sondern am inhaltlichen Auftrag von Lehrerbildung: gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer auszubilden, die den

Anforderungen von Unterricht, Erziehung und Bildung in der Schule gewachsen sind und die bei der Bewältigung dieser Aufgabe sowohl ihre eigenen beruflichen Kompetenzen wie auch die institutionellen Kompetenzen ihrer Schule weiterentwickeln. Um dies zu erreichen, sollten sich die begrenzten Reformkapazitäten in den Universitäten nicht auf eine fragwürdige äußere Strukturform, sondern auf eine schrittweise Verbesserung des Alltags konzentrieren. Wir fordern

unsere Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich engagiert an dieser Kärnerarbeit zu beteiligen. Und wir erwarten von dem nordrhein-westfälischen Schul- und Wissenschaftsministerium, dass es alle diejenigen nachhaltig unterstützt, die sich dieser anspruchsvollen Aufgabe stellen – unabhängig von der äußeren Struktur des Ansatzes.

Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Paderborn, Siegen: im Juli 2001

Erstunterzeichner:

Prof. Dr. Peter Bender, Paderborn;
 Prof. Dr. Hans Brügelmann, Siegen;
 Prof. Dr. Hans F. Fischer, Dortmund;
 Prof. Dr. Hans-Werner Heymann, Siegen;
 Prof. Dr. Eiko Jürgens, Bielefeld;
 Prof. Dr. Klaus Klemm, Essen;
 Prof. Dr. Ewald Terhart, Bochum;
 Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann, Bielefeld;
 Prof. Dr. Gerhard Tulodziecki, Paderborn.

Berlin

Äußere Differenzierung in Klasse 5 und 6 der Grundstufe

(L.S.) Die Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport hat verfügt, dass ab dem Schuljahr 2001/2002 in allen Grundschulen (und Grundstufen) der Fachunterricht in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache wenigstens zum Teil in äußerer Leistungsdifferenzierung zu erfolgen hat. Abweichende Modelle sind zulässig, bedürfen aber der Genehmigung durch die Schulverwaltung. Nur relativ wenige Schulen haben jedoch entsprechende Anträge gestellt. Es ist also davon auszugehen, dass die weit überwiegende Zahl der Grundschulen mit dem neuen Schuljahr auch eine äußere Leistungsdifferenzierung durchführen wird. Alle Schulen, also nicht nur die abweichenden, müssen ihre Konzeption und Organisationsform schriftlich darlegen. Gut daran ist sicher, dass alle Grundschulen angeregt werden, über den Umgang mit Heterogenität erneut nachzudenken und sich dieser Aufgabe zu stellen. Weniger gut ist – jedenfalls aus Sicht der GGG –, dass das präferenzierte

Differenzierungsmodell das der äußeren Fachleistungsdifferenzierung ist. Nach der Einführung der sogenannten „Schnellläuferklassen“ in Gymnasien (G8) sehen wir darin einen weiteren Schritt, integrative Elemente im Schulsystem zu Gunsten selektiver Strukturen abzubauen oder zumindest in Erklärungszwänge zu bringen. Das Umgekehrte wäre von Nöten.

Vergleichsarbeiten am Ende der Klasse 10

(L.S.) Alle Sekundarstufen-I-Schulen in Berlin sind von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport aufgefordert worden, sich an der Erprobung der Vergleichsarbeiten am Ende der 10. Klasse zu beteiligen. In einer Broschüre, die alle Schulen erhalten haben, befinden sich Beispiele für alle Schularten in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch. Die Vergleichsarbeiten sollen im zweiten Halbjahr des Schuljahres 2001/2002 an Stelle

einer normalen Klassenarbeit geschrieben und auch so gewertet werden. Die damit gewonnenen Erfahrungen sollen in die Überarbeitung der Aufgabenvorschläge einfließen, bevor über die Modalitäten einer verbindlichen Einführung entschieden wird.

Diskussionsveranstaltung geplatzt

(L.S.) Für den 12. September hatten der Landesverband Berlin der GGG gemeinsam mit der Fachgruppe Gesamtschulen in der GEW eine Diskussionsveranstaltung mit Politikern der Abgeordnetenhausfraktionen und dem Schulsenator geplant und vor einiger Zeit hierzu eingeladen. Gegenstand der Veranstaltung sollte die Zukunftsperspektive für die Gesamtschulen sein, ein sicher angesichts der bildungspolitischen Entwicklung auch in Berlin nicht uninteressantes Thema. Immerhin liegt ein Entwurf – noch aus der Zeit der Großen Koalition – zur Novellierung des Schulgesetzes vor, immerhin sind in knapp zwei Monaten Wahlen. Leider lagen zum Schulanfang nur die Zusagen zweier Parteien (PDS und CDU) vor, so dass wir übereinkamen, die Veranstaltung abzusagen. Vielleicht war ja auch nur der Termin – kurz nach den Ferien – ungunstig.

Neue Gesamtschulen hat das Land

Mit dem Schuljahrsbeginn 2001 / 02 nehmen zwei neue Gesamtschulen ihren Schulbetrieb auf. Es waren nicht allein die großen Anmeldeüberhänge an bestehenden Gesamtschulen, die zu den Gründungen führten. Immer mehr engagierte Arbeit der GesamtschulbefürworterInnen innerhalb und außerhalb der GGG ist erforderlich, um dem gesetzlichen Elternrecht auf Gesamtschulplätze ein Stückchen mehr Geltung zu verschaffen. Um so erfreulicher ist der erzielte Erfolg. Die GGG gratuliert herzlich und wünscht den Schülern und Schülerinnen, den Schulleitungen und Kollegien sowie den Eltern einen her-

vorragenden Start und alles Gute für die weitere Entwicklung ihrer Gesamtschule. Wir hoffen auf gute Zusammenarbeit unseres Verbandes mit den neuen Schulen.

Und dies sind unsere Neuen:

Mit Beginn dieses Schuljahres startete in Pansdorf, Kreis Ostholstein, eine neue vierzügige IGS in Schleswig-Holstein. Damit hat das jahrelange Wirken einer lokalen Elterninitiative endlich zum Erfolg geführt. Mit 150 Anmeldungen (bei 92 vorhandenen Plätzen) hat diese Gesamtschule einen erfreulichen Zuspruch gefunden.

Auch in Rheinland-Pfalz gibt es eine neue IGS: In Ludwigshafen-Gartenstadt begann der Schulbetrieb in den Klassen 5 mit ca. 110 Schülerinnen und Schülern. Leider mussten etwa 50% aller angemeldeten Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden. An den beiden benachbarten Gesamtschulen (IGS Ludwigshafen-Oggersheim und IGS Mutterstadt) ist die Situation ähnlich. Obwohl es demnächst 3 Gesamtschulen in dieser überschaubaren Region geben wird, hat die Zahl der abgelehnten Schülerinnen und Schüler zugenommen.

Saarland

Höchststrafe für Schulleiter

Weil Schüler der Gesamtschule Bellevue im Juni 2000 demonstrierten, geht das Kultusministerium gegen die Schulleitung vor

Dicke Luft bei der Landeselternvertretung der Gesamtschulen des Saarlandes. Mit „Erstaunen und Unverständnis“ reagiert die Elternvertretung auf die vom Kultusministerium eingeleitete Disziplinarmaßnahme gegen die Schulleitung der Gesamtschule Bellevue. Betroffen von der Abmahnung sind neben dem Schulleiter Gerd Wagner auch dessen Stellvertreter, Roman Wallrich, sowie Gerhard Heckmann. 9000 Mark soll der Schulleiter berappen - die für solche außergerichtliche Verfahren vorgesehene Höchststrafe. Ihm und seinen Kollegen wirft das Kultusministerium vor, Eltern und Schüler im vergangenen Jahr nicht vom Streiken abgehalten und dadurch ihre beruflichen Pflichten verletzt zu haben. Zur Erinnerung: Am 6. Juni 2000 hatten über 4000 Schüler saarländischer Gesamtschulen und deren Eltern an einer Kundgebung auf dem Saarbrücker Ludwigsplatz teilgenommen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatte zu der Aktion aufgerufen, um öffentlich gegen die Erhöhung der Wochenstundenzahl für Lehrer an Gesamtschulen zu protestieren. Eltern und Schülern ging es in der Hauptsache um die Einführung von Abschlussprüfungen für den Hauptschul- und mittleren Bildungsabschluss. Auch den Plan, in einem „Verhaltenszeugnis“ soziale Kompetenzen wie

Teamfähigkeit, Konzentration oder Zivilcourage zu bewerten, lehnte die Elternvertretung ab. Immer wieder habe man das Gespräch mit dem Ministerium gesucht, habe Einwände gegen die geplanten Reformen vorgebracht, sagt Arnulf Staap, der Vorsitzende der Landesvertretung der Gesamtschulen im Saarland. Doch die Resonanz blieb aus. Daraufhin wurden die Eltern erneut aktiv. An der Gesamtschule Bellevue, in Neunkirchen, Dudweiler und Ludweiler - überall organisierte die Elternvertretung spontane Kundgebungen, ließen Eltern ihre Kinder zu Hause und machten ihrem Unmut Luft. Die Proteste blieben nicht ohne Folgen. Der Erste, dem in einer Disziplinarmaßnahme ein Bußgeld in Höhe eines Monatsgehaltes auferlegt wurde, war Klaus Kessler. Als Landesvorsitzender der GEW hatte er zu der Protestaktion am 6. Juni aufgerufen. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, geht das Kultusministerium nun mit gleicher Härte gegen die Schulleitung der Gesamtschule Bellevue vor. Auch gegen den Leiter der Neunkircher Gesamtschule wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Andere Schulen, an denen ebenfalls Protestaktionen stattgefunden hatten, blieben hingegen unbehelligt. „Ich finde es sehr bedenklich, dass man hier Einzelne herausgreift, um ein Exempel zu statuieren. Das hat den Charakter einer politi-

schen Justiz, die mit obrigkeitstaatlichen Methoden versucht, Lehrer mundtot zu machen“, sagt der Gewerkschafts-Vorsitzende. Auch habe es, so Kessler, „den Anschein, als solle hier die GEW getroffen werden“. Denn auch der Schulleiter der Gesamtschule Bellevue in Saarbrücken, Gerd Wagner, war lange Jahre in der Lehrer-Gewerkschaft aktiv.

Auch die Eltern der Gesamtschule Bellevue sind entsetzt. „Sowohl der Schulleiter als auch die Lehrer haben uns mehrfach darauf hingewiesen, dass Streiks an Schulen verboten sind und wir im Rahmen der Schulpflicht dafür zu sorgen haben, dass unsere Kinder am Unterricht teilnehmen“, bestätigt eine betroffene Mutter. Doch neben der Schulpflicht gebe es schließlich auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Und davon habe die Elternvertretung Gebrauch gemacht, so der Vorsitzende Arnulf Staap. Durch die Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Schulleiter wolle man „aufmüpfige Untertanen mundtot machen“, heißt es in einer Presseerklärung der Landeselternvertretung der Gesamtschulen. „Gleichzeitig soll mit obrigkeitstaatlichen Methoden Angst verbreitet werden, um zukünftiges Auflehnen bzw. Opponieren gegen Entscheidungen des Kultusministers im Keim zu ersticken“. Die Elternvertretung erklärt sich in dem Schreiben mit den betroffenen Schulleitern solidarisch und fordert das Ministerium auf, die Verfahren umgehend einzustellen. Kultusminister Jürgen Schreier war zu einer Stellungnahme gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“ nicht bereit. (Dieser Artikel von Alexandra Raetzer ist ein Nachdruck aus der Saarbrücker Zeitung.)

Schleswig-Holstein

Resolution zur Gesamtschulpolitik in Schleswig-Holstein

Die Mitgliederversammlung der GGG unterstützt den Landesverband Schleswig-Holstein in seinen nachstehend aufgeführten Forderungen zur Gesamtschulpolitik im Lande Schleswig-Holstein und fordert alle in Schleswig-Holstein politisch Verantwortlichen dazu auf, die zur Umsetzung der Forderungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

1. Nicht alle Eltern im Lande, die für ihr Kind einen Gesamtschulplatz wählen möchten, bekommen diesen auch. Für das Schuljahr 2001/2002 wurden ca. 1700 Kinder aus Kapazitätsgründen von den Gesamtschulen abgewiesen.
2. Gesamtschulen in Schleswig-Holstein führen ca. 25 – 30% ihrer Schülerinnen und Schüler zu einem höheren Bildungsabschluss als dies vom Grundschulgutachten zu erwarten wäre. In Anbetracht dieses Erfolges kann die Quotierung nach Grund-

schulgutachten kein Einrichtungskriterium für Gesamtschulen sein.

3. Wir fordern daher die Kommunen und die Landesregierung auf, den Elternwunsch zu respektieren und im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung dazu beizutragen, dass Gesamtschulen bedarfsdeckend eingerichtet werden.
4. Die Landesverordnung über die Orientierungsstufe (OStO) sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler in der Klassenstufe 4 der Grundschule einen Entwicklungsbericht erhalten, der mit einer Schulartempfehlung für die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium abschließt. Wir fordern die Landesregierung auf, die OStO dahingehend zu verändern, dass jeweils auch eine Empfehlung für die Gesamtschule ausgesprochen werden muss.

5. Nach § 15 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes führt die Gesamtschule neben anderen Abschlüssen zu einem Abschluss, der die Versetzung in die Oberstufe beinhaltet. Diese Oberstufe sollte, so weit die Schule dies wünscht, immer auch an der betreffenden Gesamtschule angeboten werden. Dabei sind Kooperationsmöglichkeiten und Modelle für kleine Oberstufen zu nutzen.

Begründung: Vor mehr als 10 Jahren, nämlich am 1. August 1990, trat das Gesetz zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes vom 13.3.1990 in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die Gesamtschulen in Schleswig-Holstein zu Regelschulen. Zu den damals bestehenden vier Gesamtschulen sind bis heute weitere 19 hinzugekommen. Es erscheint uns daher an der Zeit, die letzten Regelungen aufzuheben, die dem Status einer gleichberechtigten Regelschule nicht entsprechen.

Dieser Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein an die Mitgliederversammlung der GGG wurde von dieser am 26.5.2001 angenommen.



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Rezension

Frank-Olaf Radtke/Manfred Weiß (Hrsg.):

Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat und Chancengleichheit. Ein Studienbuch.

Opladen: Leske + Budrich Verlag 2000, 255 S., DM 48,—

Der Titel des Buches erweckte bei mir die Erwartung einer Repolitisierung der m.E. reichlich diffusen Debatte um Schulautonomie hierzulande. In Pädagogen-Kreisen gilt – trotz hier und da angedeuteter Bedenken – als ausgemacht: Verstärkte Selbständigkeit der Einzelschule steht in reformpädagogisch orientierter demokratischer Tradition und dient somit im Kern der Erneuerung und Verbesserung des Schul- und Bildungswesens. Weniger bewusst ist die andere Seite der Autonomie-Medaille, die die Deregulierung im Schul- und Bildungswesen einpasst in Marktideologien, zu denen Effizienz, Privatisierung, Einführung des Marktprinzips, Budgetierung, Kundenorientierung, Sponsoring etc. als Stichwörter gehören. Verschiedene Interessen und Ideologien geben der Autonomie-Debatte also zwei Gesichter und es stellt sich die Frage, ob die den Pädagogen gewisse Verbesserung der Schule als Resultat eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem nach sich ziehen müsste: ob also die in vielen Ländern zu beobachtende Tendenz zur Vorbereitung der „dauerhaften Spaltung der Bevölkerung der Industrienationen in weltmarktgängige ‚high potentials‘, Zulieferer und Dienstleister unter Absteigsdruck und Ausgegrenzte und Niedrigstlöhner“ (Mathias Greffrath in der FR vom 3. März 2001) erweist. – Diesen Fragen widmen sich die Beiträge des Buches.

Sie erheben den Anspruch, die Schulautonomie-Debatte nicht zu einem bloßen Glaubenskampf zwischen Chancengleichheits-Bewahrern und Marktbeifürwortern verkommen zu lassen, sondern hinsichtlich der Grundfragen die Erfahrungen zu sichten, die andere arrivierte Deregulierungs-Länder bereits gemacht haben. Dies leisten vor allem die im zweiten Teil des Buches unter dem Titel „Erfahrungen aus De-Regulierungs-ländern“ gesammelten Fallstudien aus den USA, aus Großbritannien, aus Schweden und aus den Niederlanden. In diesen Ländern ist der Prozess der Deregulierung und der Schaffung marktähnlicher Bedingungen auch für den Bildungsbereich schon länger handlungsleitend und fortgeschrittener als in Deutschland.

Das Resümee dieser Fallbeschreibung lautet: Die als Deregulierungs- und Privatisierungsbegründung geltenden Effizienzvorteile sind empirisch nicht zu sichern; wohl aber finden sich in allen Fällen unübersehbare Hinweise auf zunehmende Qualitätsdisparitäten sowie eine Verschärfung der sozialen und ethnischen Segregation. Gleichzeitig werden durch die Einschränkung des zentralen staatlichen Steuerungspotentials die Möglichkeiten behindert, negative Entwicklungen hinsichtlich übergeordneter Effizienz- und Chancengleichheitsziele zu korrigieren. Zu diesem Ergebnis kommen auch die fünf

Grundlagentexte im ersten Teil des Buches, in denen die Zusammenhänge zwischen wachsender Deregulierung und verschärfter Selektion im Bildungswesen und ihren gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen vor allem in Bezug auf die Diskussion in Deutschland untersucht werden. – Gilt also: Mehr Selbständigkeit = mehr Ungleichheit? Dazu schreibt Ludwig von Friedeburg in seinem Beitrag zu diesem Band:

„Weder der Sinn der reformpädagogischen Kategorien noch das Verfassungsrecht erlauben es, die Perspektiven, unter denen sich die Schule dem sogenannten Leben öffnet, dem Organisationslernen der einzelnen Schule oder gar der jeweiligen Unternehmensphilosophie anheim zu gehen. Das öffentliche Schulwesen bleibt den Bestimmungen des Grundgesetzes verpflichtet, nach dem die Bundesrepublik ein demokratischer Rechts- und Sozialstaat ist, zu dessen Verantwortung es gehört, das Bürgerrecht auf Bildung in gleichwertigen Schulen zu verwirklichen.“

Die beiden erwähnten Teile des Buches werden durch einen umfassenden Literaturbericht ergänzt, der die Hauptargumentationslinien der Debatte mit Hinweisen auf die wichtigsten Veröffentlichungen herausarbeitet. – Insgesamt ein hochinteressantes und lesenswertes Buch für alle, denen der ausschließlich pädagogische Blickwinkel auf die neuen Tendenzen und Entwicklungen im deutschen Bildungswesen nicht ausreicht.

Dieter Weiland

Der **GGG**-Bundesverband im Internet:

www.gesamtschulverband.de

Informativ und immer aktuell!